

# AGF EuropaNews

## Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2025

### Inhalt

<b>Nachrichten aus den europäischen Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Parlament, EU-Rat und EU-Kommission definieren Prioritäten für 2026.....	1
EU-Kommission: erster Europäischer Plan für erschwinglichen Wohnraum beschlossen.....	1
EU-Rat und EU-Parlament einigen sich auf überarbeitete Opferschutzrichtlinie .....	1
EU-Parlament, Arbeitsgruppe zur Europäischen Garantie für Kinder: Stärkung der Garantie für Kinder.....	1
EU-Parlament unterstützt Initiative „My Voice, My Choice“ für besseren Zugang zu Abtreibungen.....	2
EU-Parlament für stärkere Berücksichtigung der Familie in der EU-Strategie für Behindertenrechte .....	2
EU-Rat weiterhin uneins über die Antidiskriminierungsrichtlinie.....	2
EU-Parlament: Bericht zur EU-Strategie für die Bekämpfung der Armut.....	3
EuGH: Urteil zu Kindergeldansprüchen für Stiefkinder von Grenzpendler:innen .....	3
EU-Kommission verlangt von Deutschland die Umsetzung einer Gleichbehandlungsrichtlinie .....	3
Europäisches Bürgerforum: 24 Empfehlungen zur Generationengerechtigkeit.....	4
EU-Kommission startet Konsultationen zur Klimaresilienz und zur Übertragbarkeit von Qualifikationen.....	4
<i>Kurznachrichten: Datenschutz bei Meta, Migration im EGMR.....</i>	<i>4</i>
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>4</b>
Vereinigtes Königreich: fast vier Millionen Kinder zuhause von wirtschaftlichem Missbrauch betroffen.....	4
Schweiz: weitere Umsetzung der Volksinitiative „Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung“ .....	5
Schweiz: wirtschaftliche Folgen von Scheidungen gerechter verteilen .....	5
Frankreich: Geburtenrate sinkt weiter .....	5
Italien: Femizid als eigene Straftat einstimmig vom Parlament per Gesetz definiert .....	5
Dänemark richtet Versöhnungsfonds für grönländische Frauen ein .....	6
<i>Kurznachrichten: Kopftuch, Sozialhilfe, Adoptivmütter, Cybergrooming, Doppelnamen, Tracking.....</i>	<i>6</i>
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>6</b>
Australien verbietet Social Media für Unter-16-Jährige .....	6
24 zivilgesellschaftliche Organisationen für den Erhalt des ESF in der mehrjährigen Finanzplanung .....	6
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>7</b>
EU JRC: wie EU-Mitgliedstaaten Cybermobbing definieren und bekämpfen .....	7
ISS: sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Europa bekämpfen .....	7
COFACE: Work-Life-Balance und Gleichstellung für Eltern mit Behinderungen .....	7
AGE-Barometer 2025: ältere Menschen in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt .....	7
<i>Kurznachrichten: Obdachlosigkeit, Situation der Umwelt, Kinderarmut in reichen Ländern.....</i>	<i>8</i>
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>8</b>

## Nachrichten aus den europäischen Institutionen

### EU-Parlament, EU-Rat und EU-Kommission definieren Prioritäten für 2026

Die Präsident:innen des Europäischen Parlaments, des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission haben eine gemeinsame Erklärung zu den legislativen Prioritäten der EU für 2026 unterzeichnet. Die gemeinsame Erklärung räumt jenen gesetzgeberischen Maßnahmen Vorrang ein, die darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der EU zu stärken, Bürger:innen und Unternehmen zu schützen, ehrgeizige Vereinfachungsziele zu verfolgen und eine Einigung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen zu erzielen. Des weiteren wollen sich die Präsident:innen darauf konzentrieren, eine sichere und integrative Online-Umgebung zu gewährleisten, insbesondere zum Schutz Minderjähriger. Dies ist die einzige Stelle, an der Kinder oder Familien ausdrücklich erwähnt werden. Die Erklärung wird um eine Liste von zehn prioritären Gesetzesvorhaben ergänzt, zu denen der Europäische Plan für erschwinglichen Wohnraum und ein Paket für faire Arbeitskräftemobilität gehören.

- [EU-Rat: Gemeinsame Erklärung über die gesetzgeberischen Prioritäten der EU für 2026](#) 

### EU-Kommission: erster Europäischer Plan für erschwinglichen Wohnraum beschlossen

Die Europäische Kommission hat ihren angekündigten Aktionsplan für bezahlbares Wohnen vorgelegt. Die Schwerpunkte dieses Plans liegen auf der Erhöhung des Wohnraumangebots, der Ankurbelung von Investitionen und Reformen, der Reduzierung von Kurzzeitvermietungen in Gebieten mit Wohnungsnot und der Unterstützung der am stärksten betroffenen Menschen. In diesem Zusammenhang hat die Kommission verschärfte Kontrollen für Airbnb und andere Kurzzeitvermietungen angekündigt.

- [EU-Kommission: Europäischer Plan für erschwinglichen Wohnraum](#)

### EU-Rat und EU-Parlament einigen sich auf überarbeitete Opferschutzrichtlinie

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben eine politische Einigung über den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Überarbeitung der Opferschutzrichtlinie erzielt. Diese sieht vor, dass Opfer im Kindesalter von einem besseren Zugang zur Justiz bei Gericht profitieren sollen. Um ihren spezifischen Bedürfnissen gerecht zu werden, werden Strafanzeigen und Zeugenaussagen, Sozialdienste, psychologische und medizinische Versorgung sowie administrative Hilfestellung besser strukturiert und koordiniert. Außerdem werden Hotlines eingerichtet, die Informationen, Beratung und emotionale Unterstützung anbieten. Für Opfer wird es einfacher, Straftaten online anzuzeigen und sich an Strafverfahren zu beteiligen. Sie sollen an Gerichten in eigens dafür vorgesehenen Räumlichkeiten Unterstützung erhalten. Opfern, die zusätzliche psychologische Unterstützung benötigen, soll diese zur Verfügung stehen.

- [Kommission begrüßt Einigung über strengere EU-Vorschriften zur Gewährleistung der Rechte von Opfern](#)

### EU-Parlament, Arbeitsgruppe zur Europäischen Garantie für Kinder: Stärkung der Garantie für Kinder

Die Arbeitsgruppe „Europäische Garantie für Kinder“ des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des Europäischen Parlaments hat eine Erklärung zur Stärkung der Europäischen Garantie für Kinder verabschiedet. Darin werden die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, Maßnahmen zur Stärkung der Garantie für Kinder zu ergreifen, darunter die Einrichtung eines Wissenszentrums

für den Austausch bewährter Verfahren, die Schaffung gemeinsamer Mechanismen zur Berichterstattung zwischen den EU-Rahmenwerken und der Europäischen Garantie für Kinder, die Verbesserung der Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit von Daten sowie die Gewährleistung einer thematischen Konzentration auf EU-Ebene für die Bekämpfung der Kinderarmut im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen. Dies solle eine höhere und robustere Mittelzuweisung für Mitgliedstaaten mit überdurchschnittlicher Kinderarmut einschließen.

- [EU-Parlament: Statement by the chair of the European Child Guarantee working group](#) 

### EU-Parlament unterstützt Initiative „My Voice, My Choice“ für besseren Zugang zu Abtreibungen

Das Europäische Parlament hat mit 358 Stimmen bei 202 Gegenstimmen und 79 Enthaltungen die Europäische Kommission aufgefordert, im Einklang mit der Europäischen Bürgerinitiative „My Voice, My Choice“ einen freiwilligen finanziellen Mechanismus einzurichten, der allen EU-Mitgliedstaaten offensteht und durch EU-Mittel unterstützt wird. Dieser Mechanismus würde es einem EU-Mitgliedstaat ermöglichen, allen Personen, die keinen Zugang zu einer sicheren und legalen Abtreibung haben, gemäß seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften Zugang zu einer sicheren Schwangerschaftsunterbrechung zu gewähren (s. [AGF-EuropaNews 4/24](#)). Die EU-Kommission hat nun bis März 2026 Zeit, darzulegen, welche Maßnahmen sie aus welchen Gründen zu ergreifen beabsichtigt.

- [Parlament unterstützt „My Voice, My Choice“ Initiative für besseren Zugang zu Abtreibungen](#)

### EU-Parlament für stärkere Berücksichtigung der Familie in der EU-Strategie für Behindertenrechte

Das Europäische Parlament hat einen Bericht zur Europäischen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen nach 2025 angenommen. Dieser Bericht enthält ein spezielles Kapitel über Familien, das im ursprünglichen Vorschlag nicht enthalten war. Insgesamt sollen konkrete Maßnahmen und rechtliche Instrumente vorgesehen werden, um Barrieren bei Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnen und digitalen Diensten abzubauen. Daneben soll eine einheitliche EU-weite Definition von „Behinderung“ und eine EU-geförderte Garantie für Beschäftigung und Qualifizierung eingeführt werden. Bestehende Regelungen wie der Barrierefreiheitsakt und die Web-Accessibility-Richtlinie sollen gestärkt und besser umgesetzt werden. Bei Verstößen gegen Anforderungen der Barrierefreiheit sollen klare Sanktionen folgen. Weitere Initiativen der Strategie sind der Europäische Behindertenausweis und die Disability Platform. Das EU-Parlament hat außerdem vom 1. bis 5. Dezember die diesjährige „Disability Rights Week“ mit Ausschussanhörungen, Workshops und Fachveranstaltungen ausgerichtet.

- [EU-Parlament: Rechte von Menschen mit Behinderungen in sämtlichen EU-Politikbereichen stärken](#)

### EU-Rat weiterhin uneins über die Antidiskriminierungsrichtlinie

Im Ministerrat gab es bei dem seit Jahren anhängigen Vorschlag für eine allgemeine EU-Gleichstellungsrichtlinie erneut keine Bewegung (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 11/25](#)). Der dänische Vorsitz berichtete über die anhaltende Ablehnung Deutschlands, Italiens und Tschechiens. Hintergrund der fortgesetzten Prüfvorbehalte sind insbesondere Bedenken hinsichtlich des Umfangs sozialer Schutzbereiche und Bildungszuständigkeiten sowie der finanziellen Auswirkungen im Bereich Wohnen. Die EU-Kommission forderte die drei Staaten auf, konstruktive Lösungsvorschläge vorzulegen. Eine breite Gruppe von Mitgliedstaaten unterstützt den Richtlinienvorschlag weiterhin.

- [Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council: Equal treatment directive](#) 

## EU-Parlament: Bericht zur EU-Strategie für die Bekämpfung der Armut

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des Europäischen Parlaments hat seinen Standpunkt zum Initiativbericht „Entwicklung einer neuen EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut“ verabschiedet. Die künftige EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut müsse umfassend, ehrgeizig, angemessen finanziert und in sinnvollen Zielen zur Beseitigung der Armut verankert sein.

Die zivilgesellschaftliche Koalition zur EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut fordert die Mitglieder des Europäischen Parlaments nachdrücklich auf, dieses Ambitionsniveau bei der für Januar 2026 geplanten Plenarabstimmung aufrechtzuerhalten.

- [EU-Parlament, Ausschuss EMPL: Developing a new EU anti-poverty strategy](#) 
- [European Parliament's Anti-Poverty Strategy Report: Civil Society Coalition demands strong approval](#) 

## EuGH: Urteil zu Kindergeldansprüchen für Stiefkinder von Grenzpendler:innen

Der Europäische Gerichtshof hat ein Urteil zu mehreren verbundenen Verfahren verkündet, in denen Grenzgänger:innen aus Deutschland, Belgien und Frankreich die Weigerung der luxemburgischen Zukunftskasse anfechten, Kindergeld für die Kinder ihres Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartners zu erhalten. Luxemburg hatte 2016 den Anspruch auf Kindergeld für Grenzpendler:innen auf deren eigene Kinder beschränkt, nicht jedoch für in Luxemburg lebende Beschäftigte. Der EuGH hatte bereits entschieden, dass ein solcher Ausschluss gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstößt, wenn die/der Grenzgänger:in für den Unterhalt des Kindes aufkommt. Nun hat das Gericht zusätzlich festgestellt, dass es dafür ausreicht, wenn sie/er mit dem Kind in einem gemeinsamen Haushalt lebt bzw. einen gemeinsamen Wohnsitz hat. Eine Ablehnung der Zulage sei nur in Ausnahmefällen zulässig, etwa wenn die/der Arbeitnehmer:in falsche Angaben gemacht habe, sich in keiner Weise an den Kosten für das Kind beteilige oder wenn der Unterhalt vollständig von einer dritten Person getragen werde.

- [Die Grenzgaenger: Kindergeld aus Luxemburg – positives Gerichtsurteil für Kinder von Grenzgängern](#)

## EU-Kommission verlangt von Deutschland die Umsetzung einer Gleichbehandlungsrichtlinie

Die Europäische Kommission hat beschlossen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland zu richten, weil es die EU-Vorschriften über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (Richtlinie 2004/113/EG) nicht ordnungsgemäß umgesetzt habe. Die Richtlinie zielt darauf ab, die Gleichstellung zu fördern, diskriminierende Praktiken zu verhindern und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten. Dies folgt einem Aufforderungsschreiben aus dem Dezember 2015, in dem die Kommission mehrere Bedenken zur Umsetzung äußerte, auf die Deutschland nur unzureichend reagiert habe. Nicht ausreichend umgesetzte Bereiche seien beispielsweise Verträge über die Erbringung öffentlicher Gesundheits- oder Transportleistungen, was besonders in Fällen von sexueller Belästigung im Zusammenhang mit der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen problematische Folgen haben könne. Zudem wird angesprochen, dass das deutsche Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) nur für sogenannte Massenverträge gilt, ebenso wie es auf Mietverträge nur dann angewendet wird, wenn der Vermieter mehr als 50 Wohnungen vermietet. In Schriftwechseln mit der Kommission in den Jahren 2024 und 2025 bestätigte Deutschland, dass eine Gesetzesänderung zur Behebung der Mängel in Ausarbeitung sei, jedoch ohne klaren Zeitplan für deren Annahme. Deutschland muss nun binnen zwei Monaten reagieren und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Andernfalls kann die Kommission beschließen, den Gerichtshof der Europäischen Union anzurufen.

## Europäisches Bürgerforum: 24 Empfehlungen zur Generationengerechtigkeit


Wie können wir die Vision eines Europas, in dem alle Generationen fair behandelt werden, mit Leben erfüllen? Im Oktober und November haben 150 nach dem Zufallsprinzip und stellvertretend für die Vielfalt der EU ausgewählte Bürger:innen aus allen 27 Mitgliedstaaten darüber diskutiert, wie die europäische Politik mehr für die Generationengerechtigkeit tun kann. Das Bürgerpanel hat 24 Empfehlungen zur Förderung der Generationengerechtigkeit verabschiedet und sie EU-Kommissar Glenn Micallef, zuständig für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport, überreicht. Die Vorschläge beinhalten grundlegende Fragen wie sichere Unterkunft, starke Gemeinschaften, ein Leben in Würde, Ernährungssicherheit, Souveränität und Bildung für alle. Die Forumsmitglieder unterstrichen auch die Bedeutung von Nachhaltigkeit, KI, kultureller Inklusion und ökologischer Rechenschaftspflicht. Die Empfehlungen werden jetzt geprüft und können in die geplante Strategie für Generationengerechtigkeit einfließen.

- [Bürgerforum Generationengerechtigkeit](#)

## EU-Kommission startet Konsultationen zur Klimaresilienz und zur Übertragbarkeit von Qualifikationen

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Klimaresilienz begonnen und ruft zur Einreichung von Vorschlägen auf, wie Europa sich auf den Klimawandel vorbereiten und darauf reagieren kann.

Eine weitere Konsultation hat die Kommission zur geplanten Initiative zur Übertragbarkeit von Qualifikationen gestartet. Deren Ziel besteht darin, die Anerkennung von Kompetenzen und Berufserfahrungen über Grenzen hinweg zu verbessern.

- [EU-Kommission: Konsultation zur Klimaresilienz](#) 
- [EU-Kommission: Konsultation zur Übertragbarkeit von Qualifikationen](#)

## Kurznachrichten: Datenschutz bei Meta, Migration im EGMR

- Meta gibt gegenüber der EU-Kommission nach und bietet ab Januar an, Facebook und Instagram kostenlos mit weniger preisgegebenen privaten Daten und weniger stark personalisierter Werbung zu nutzen.
- Der Europarat will überprüfen, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Migrationsfälle behandelt, nachdem einige Mitglieder dies gefordert hatten (s. [AGF-EuropaNews 5/25](#)).

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Vereinigtes Königreich: fast vier Millionen Kinder zuhause von wirtschaftlichem Missbrauch betroffen

Neue Daten von Surviving Economic Abuse schätzen, dass im Vereinigten Königreich ca. 3,9 Millionen Kinder davon betroffen sind, dass der missbräuchliche Partner ihrer Mutter die Finanzen der Familie kontrolliert. Unter wirtschaftlicher Missbrauch fallen z. B. die Vorenthaltung von Unterhaltszahlungen, die Verhinderung des Zugangs der Mütter zu Kindergeld und Diebstahl von Geld. Diese Verhaltensweisen können schwerwiegende Folgen für Kinder haben, darunter psychische Probleme, Mangel an lebensnotwendigen Gütern und Gefahren für ihre Sicherheit.

## Schweiz: weitere Umsetzung der Volksinitiative „Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung“

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Revisionsentwurf der Tabakprodukteverordnung eröffnet, mit dem Werbeeinschränkungen verschärft werden sollen. Dies ist eine indirekte Folge der Annahme der Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung». Künftig wird Werbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten in der Presse verboten. Davon ausgenommen sind Publikationen, die mehrheitlich über Abonnements verkauft werden und deren Leserschaft zu mindestens 98 % aus Erwachsenen besteht. Nicht mehr zulässig ist Werbung auch an den Verkaufsstellen. Außerdem darf im Internet nicht mehr für Tabakprodukte und E-Zigaretten geworben werden, wenn es kein System zur Alterskontrolle gibt. Verboten wird zudem das Sponsoring von Veranstaltungen, die von Minderjährigen besucht werden können, wenn nicht durch geeignete Maßnahmen sichergestellt ist, dass die Werbung vor Ort für Minderjährige weder sichtbar noch zugänglich ist. Es ist vorgesehen, die neuen Bestimmungen Anfang 2027 in Kraft zu setzen.

## Schweiz: wirtschaftliche Folgen von Scheidungen gerechter verteilen

Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) hat einen Policy Brief zu den ökonomischen Konsequenzen von Scheidungen veröffentlicht. In der Schweiz werden 40 % der Ehen geschieden. In den meisten Familien mit kleinen Kindern arbeiten Väter Vollzeit, während Mütter in Teilzeit berufstätig sind und einen großen Teil der unbezahlten Care-Arbeit übernehmen. Somit sei es wichtig, sich über die wirtschaftlichen Konsequenzen einer ungleichen Erwerbsbeteiligung während der Familienzeit im Falle einer Scheidung Gedanken zu machen. Aktuell verlangt das schweizerische Scheidungsrecht von dem Elternteil, der die Erwerbstätigkeit aufgegeben oder reduziert hatte, eine möglichst rasche Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Da dies jedoch nicht immer einfach sei, entstehe eine wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Vätern und Müttern nach der Scheidung. Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie eine nationale Elternzeit und für alle zugängliche und bezahlbare familienergänzende Betreuungsangebote, würden dazu beitragen, Ungleichheiten bereits während der Familienzeit zu verringern. Der Policy Brief plädiert für eine kompensatorische Auslegung des Scheidungsrechts, insbesondere durch die Anpassung des Unterhaltsrechts, die individuelle Beurteilung jeder familiären Situation im Scheidungsfall sowie eine verstärkte Schulung der Gerichte und Anwälte:innen.

## Frankreich: Geburtenrate sinkt weiter

Daten der Statistikbehörde INSEE zeigen einen Geburtenrückgang von 2,3 % in den ersten zehn Monaten des Jahres 2025 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Im Mai gab es zum ersten Mal seit 1945 mehr Todesfälle als Geburten. Frankreich, das lange Zeit als europäischer Spitzenreiter in Sachen Geburtenrate galt, verzeichnet einen Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau von zwei vor einem Jahrzehnt auf 1,6 im Jahr 2024. Der Senat hat kürzlich einen neuen zweimonatigen „Geburtsurlaub“ verabschiedet, um Präsident Macrons Bemühungen um eine „demografische Wiederaufrüstung“ zu unterstützen.

## Italien: Femizid als eigene Straftat einstimmig vom Parlament per Gesetz definiert

Italien gehört nun zu den wenigen Mitgliedstaaten der EU, die ein Gesetz verabschiedet haben, das Femizid als eigenständiges Delikt behandelt. Das Gesetz kommt dann zur Anwendung, wenn eine Frau aufgrund von Diskriminierung, Hass oder dem Versuch, sie zu kontrollieren, getötet wird – einschließlich von Fällen, in denen die Gewalt auf ihre Weigerung zurückzuführen ist, eine Beziehung einzugehen oder fortzusetzen. Der Gesetzesentwurf wurde einstimmig angenommen. Anders als in anderen Staaten ist das italienische Gesetz mit einer Verdopplung der Finanzierung für Frauenhäuser und Zentren gegen Gewalt sowie weiteren Maßnahmen



verbunden. Bislang definieren in der EU nur Zypern, Malta und Kroatien Femizid als eigenständiges Verbrechen, während überall sonst in der EU das geschlechtsspezifische Motiv in bestehende Rahmenwerke für Mord oder häusliche Gewalt einbezogen wird.

### Dänemark richtet Versöhnungsfonds für grönländische Frauen ein

Tausende von grönländischen Frauen waren ohne ihre Zustimmung mit Verhütungsmitteln behandelt worden. Premierministerin Frederiksen entschuldigte sich bedingungslos für die jahrzehntelange Diskriminierung. Dänemark habe viel zu lange die Augen verschlossen, bevor die Regierung einen Versöhnungsfonds für grönländische Frauen einrichtete. Eine breite parlamentarische Mehrheit unterstützt den Plan, der 300.000 Kronen (etwa 40.000 Euro) für jede der 143 Frauen vorsieht, die gegen den Staat geklagt haben. Die anspruchsberechtigten Empfängerinnen erhalten die Entschädigung automatisch im Rahmen eines Vergleichs.

### Kurznachrichten: Kopftuch, Sozialhilfe, Adoptivmütter, Cybergrooming, Doppelnamen, Tracking

- In Österreich hat das Parlament ein Verbot von Kopftüchern für Mädchen unter 14 Jahren erlassen.
- In der Schweiz blieb die Sozialhilfequote 2024 mit 2,9 % fast konstant unter dem langjährigen Schnitt.
- Mehrere Gesetzesvorschläge mit familienpolitischer Bedeutung stehen in der Schweiz an:
  - Eine Initiative in der Vertretung der Regionen der Schweiz fordert, dass Adoptivmütter denselben Kündigungsschutz erhalten wie Mütter nach einer Geburt.
  - Im Schweizer Parlament wurde eine Initiative eingebracht, Cybergrooming mit Minderjährigen unter Strafe zu stellen.
  - Eine weitere parlamentarische Initiative soll Doppelnamen bei der Heirat ermöglichen (in 90 % der Fälle nimmt in der Schweiz die Frau den Namen des Mannes an).
- Im Vereinigten Königreich tracken 67 % der Eltern ihre studierenden Kinder mit einer App.

## Weitere Nachrichten

### Australien verbietet Social Media für Unter-16-Jährige

In Australien ist ein Gesetz in Kraft getreten, das Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren die Nutzung von Social Media verbietet. Die Betreiber der Plattformen müssen sicherstellen, dass die Angehörigen dieser Altersgruppe kein Konto mehr anlegen oder nutzen können.

### 24 zivilgesellschaftliche Organisationen für den Erhalt des ESF in der mehrjährigen Finanzplanung

AGE, die Caritas, COFACE, die Social Platform und zwanzig weitere zivilgesellschaftliche Organisationen haben dazu aufgerufen, den Europäischen Sozialfonds (ESF) im mehrjährigen Finanzrahmen der EU für 2028-2034 zu bewahren. Im Vorschlag der EU-Kommission soll der ESF mit dem Budget für Landwirtschaft zusammengeführt werden (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 11/25](#)). Der Aufruf beinhaltet konkrete Vorschläge, wie der in den EU-Verträgen verankerte ESF in den mehrjährigen Finanzrahmen weiterhin integriert werden kann.

- [Safeguarding the European Social Fund in the MFF 2028-2034: Europe's Investment in People](#) 

## Berichte und Studien

### EU JRC: wie EU-Mitgliedstaaten Cybermobbing definieren und bekämpfen

Die Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU (JRC) identifiziert Schlüsselemente von Cybermobbing sowie Risiko- und Schutzfaktoren. Die Studie, die auf einer Auswertung wissenschaftlicher Literatur, politischer Maßnahmen und nationaler Gesetze basiert, kommt zu dem Schluss, dass eine gemeinsame Definition sowie abgestimmte Interventionsprogramme und Rechtsinstrumente dazu beitragen könnten, ein sichereres digitales Umfeld für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Es gebe zwar bereits zahlreiche Definitionen, aber eine gemeinsame, von wissenschaftlichen Expert:innen aus verschiedenen Ländern validierte Definition würde die Vergleichbarkeit der Daten verbessern, die Kohärenz der Politik stärken und eine wirksamere und besser koordinierte Reaktion in allen EU-Ländern ermöglichen.

- [EU JRC: Cyberbullying – a common, EU-wide approach could help design effective response](#) 

### ISS: sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Europa bekämpfen

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) hat drei Publikationen zur sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Europa veröffentlicht. In einer ‚Expertise‘ werden die bestehenden und geplanten EU-Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention von (digitaler) sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche vorgestellt. In einer umfangreichen ‚Übersicht‘ werden straf- und familienrechtliche Regelungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt online und offline in Deutschland, Frankreich, Irland, Schweden und Spanien detailliert beschrieben. In einem begleitenden ‚Dossier‘ werden alle Aspekte zur europaweiten Bekämpfung und Prävention (digitaler) sexualisierter Gewalt kurz und bündig erklärt. Ergänzend gibt es mehrere Infografiken.

- [Beobachtungsstelle des ISS: Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Europa bekämpfen](#)

### COFACE: Work-Life-Balance und Gleichstellung für Eltern mit Behinderungen

Am Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen, dem 3. Dezember, hat die COFACE Disability Platform einen Bericht präsentiert, der sich mit der Work-Life-Balance und Gleichstellung für Eltern mit Behinderungen befasst. Betont wird deren Anspruch auf alle Rechte, die Eltern garantiert werden, sowie auf alle Rechte, die sich aus ihrem Status als Menschen mit Behinderungen ergeben. Was aber geschieht, wenn diese beiden Dimensionen aufeinandertreffen? Der Bericht überprüft die EU-Politik in den Bereichen Beschäftigung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, um zu beurteilen, ob sie gezielte Maßnahmen zur Unterstützung berufstätiger Eltern mit Behinderungen vorsieht. Er enthält Empfehlungen für Maßnahmen der EU und Beispiele aus einigen Mitgliedstaaten.

- [COFACE: Work-life balance and equality for parents with disabilities](#)  

### AGE-Barometer 2025: ältere Menschen in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt

Europas Arbeitsmärkte befinden sich im Wandel. Arbeitskräftemangel, die beschleunigte Digitalisierung und die Energiewende verändern die Arbeitswelt und die verfügbaren Arbeitsplätze. Der Europäische Dachverband AGE Platform Europe widmet sich den Fragen, wie ältere Arbeitnehmer:innen diese Umbrüche erleben und welche



Hürden ihnen begegnen. Im Fokus stehen dabei die Herausforderungen, aber auch Praxisbeispiele und Empfehlungen für eine altersfreundliche Arbeitsmarktpolitik. Zentrales Ziel ist es, die Alterung der Bevölkerung zu einer Chance für Beschäftigung, Innovation und stärkere, inklusivere Arbeitsmärkte in ganz Europa zu machen.

➤ [AGE-Barometer 2025](#)

*Kurznachrichten: Obdachlosigkeit, Situation der Umwelt, Kinderarmut in reichen Ländern*

- Ein Bericht sowie nationale Berichte des European Social Policy Analysis Network (ESPAN) untersuchen Zusammenhänge zwischen dem Kampf gegen Obdachlosigkeit und allgemeineren Politiken gegen Armut.
- Die OECD und das UN-Umweltprogramm (UNEP) haben nach mehreren Jahren wieder umfassende Berichte zur Situation der Umwelt vorgelegt, den OECD Environmental Outlook sowie GE07.
- UNICEF hat einen Bericht zur Kinderarmut in Ländern mit hohem Einkommen veröffentlicht, der die neuesten international vergleichbaren Daten zu monetärer und nichtmonetärer Kinderarmut vorstellt.

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
12.-15. Januar 2026, online	<a href="#">Beyond the basics: advanced training on parent–child contact problems</a>	Association of Family and Conciliation Courts
22. Januar 2026, Dortmund	<a href="#">Zwischen Budapest, Berlin und Brüssel: Zur Lage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa</a>	Auslandsgesellschaft und AWO Dortmund
24. Januar 2026	<a href="#">International Day of Education: “AI and education: Preserving human agency in a world of automation”</a>	UN
27. Januar 2026	<a href="#">Holocaust-Gedenktag</a>	Europarat, <a href="#">UN</a>
17. März 2026, Athen	<a href="#">Families in the age of Artificial Intelligence: Rights, inclusion and empowerment</a>	COFACE Families Europe and KMOP
28.-30. Mai 2026, Brüssel	<a href="#">2026 ICCFR Conference: “Bridging Cultures, Building Families: Exploring the Dynamics of Multicultural Families” (Call)</a>	International Commission on Couple and Family Relations
16.-18. Juni 2026, Donostia/San Sebastián	<a href="#">World Congress for Age-friendly Cities and Communities</a>	Königreich Spanien, Autonome Gemeinschaft Baskenland und WHO

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive

Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.

**AGF** ■ Arbeitsgemeinschaft  
der deutschen  
Familienorganisationen e.V.

AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: [www.ag-familie.de](http://www.ag-familie.de)  
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

Frohe Feiertage und ein  
friedvolles, glückliches  
neues Jahr!

